



Merkel lehnt Vertrauensfrage ab!

debatte

Ein Drahtseilakt

Corona und die Folgen (2): Was macht die Pandemie mit den Geschlechterrollen? Traditionelle Vorstellungen werden sich nicht halten

Die Frauen werden eine entsetzliche Retraditionalisierung weiter erfahren. Ich glaube nicht, dass man das so einfach wieder aufholen kann, und dass wir von daher bestimmt drei Jahrzehnte verlieren“, echauffierte sich Jutta Allmendinger im letzten Jahr in der Talkshow „Anne Will“. Aber stimmt das wirklich?

Katapultiert uns die Pandemie wieder zurück in die 1980er oder gar 1950er Jahre? Die kurze Antwort lautet: Nein, natürlich nicht. Die kritische Situation von Familien verdient dennoch besondere Aufmerksamkeit. Deshalb jetzt auch eine ausführliche Antwort.

Retraditionalisierung meint das Wiedererstarben einer familiären Rollenteilung, bei der Männer für den Broterwerb und Frauen für Kinder und Küche zuständig sind. Im Zuge der Coronapandemie, so die These, gibt es nun ein Rollback

Vor allem Frauen schultern Kinderbetreuung und Schulbegleitung während der Pandemie

in diese Geschlechterrollen.

Diese These geht jedoch von drei Annahmen aus: 1. Vor der Pandemie gab es in Familien eine (zumindest annähernde) Gleichverteilung der Aufgaben. 2. In der Pandemie haben vor allem die Frauen verstärkt familiäre Sorgetätigkeiten übernommen. 3. Diese neue, alte Rollenverteilung wird nach dem Ende der Pandemie bestehen bleiben. Von diesen Annahmen wird lediglich die zweite durch Studien gestützt. Die erste Annahme kann leicht widerlegt werden, die dritte ist weitgehend haltlos.

Der Blick in die Zeit vor der Pandemie zeigt, wie wirkmächtig die alten Rollenmuster sind: Nach wie vor sind es fast immer die Frauen, die nach der Geburt eines Kindes in Elternzeit gehen, auch wenn sie gut ausgebildet sind. Auch erbringende Frauen weiterhin den Löwenanteil der Hausarbeit und verbringen mehr Zeit mit ihren Kindern als Männer. Bei Müttern mit Kleinkindern waren es 2019 ca. 6,5 Stunden am Tag; bei Vätern 2,8 Stunden.

Aber es ist auch viel geschehen. Die Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit hat sich in den vergangenen Jahren angeglichen. Immer mehr Mütter sind erwerbstätig; immer mehr Männer mit Kindern beteiligen sich an der Sorgearbeit. Ein entscheidender Faktor für die Verwirklichung beruflicher Pläne von Müttern ist der massive Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Ausweitung der Ganztagsbetreuung in Schulen. In Ostdeutschland schon lange etabliert, ist die umfassende Kindertagesbetreuung für die westdeutschen Bundesländer ein Quantensprung. Kitas sind zu einem verlässlichen und wichtigen Baustein im Betreuungsarrangement von Eltern geworden.

Die große Bedeutung der institutionellen Betreuung von Kindern führt unmittelbar zu den

Ursachen der besonderen Belastung von Müttern (aber auch von Vätern) während der Coronapandemie, denn dieser Baustein löste sich von einem auf den anderen Tag in Luft auf.

Mit den Schließungen von Kitas und Schulen im März 2020 fiel das sorgfältig errichtete Betreuungsgebäude für viele Familien wie ein Kartenhaus zusammen. Väter und Mütter mussten – neben ihrer Erwerbsarbeit – auch tagsüber für ihre Kinder da sein. In dieser Situation entschieden sich die meisten Paare für das Naheliegende: Es kümmerte sich derjenige um die Kinder, der weniger zum Familieneinkommen beiträgt. Und das war meistens die Mutter, und zwar umso eindeutiger, je jünger das jüngste Kind war.

Die bereits vor der Pandemie etablierte Arbeitsteilung hat sich in der Schließungsphase fortgesetzt. Bei 84 Prozent der Familien war die Mutter Hauptansprechpartnerin beim Fernlernen. Psychische Belastung und Stressempfinden nahmen insbesondere bei Frauen zu. Sie mussten die angestiegene Zeit für Kinderbetreuung mit deutlichen Abstrichen nicht nur bei der eigenen Erwerbsarbeit, sondern auch in den Lebensbereichen Schlaf und Freizeit kompensieren. Besonders stark litten Familien mit geringem Einkommen und Ein-Eltern-Familien. Gerade bei Paaren mit einer zuvor egalitären Rollenteilung haben Frauen den überwiegenden Teil oder die gesamte Verantwortung für Kinder und Haushalt übernommen. Diese Befunde verdeutlichen, dass Mütter besonders unter den Belastungen der Pandemie leiden und in besonderem Maße geschlechtsstereotype Aufgabenbereiche übernehmen. Zugespitzt formuliert: Während der Pandemie haben traditionelle Geschlechterrollen wieder an Bedeutung gewonnen.

Nichts deutet jedoch darauf hin, dass sich die Aufgabenteilung während der Coronapandemie auch danach fortsetzen wird. Wir erleben derzeit eine ungeahnte Krise. Die Bundeskanzlerin sprach von der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Um die Krise und ihre Folgen für den Alltag zu bewältigen, sind viele Menschen in einen Notfallmodus gewechselt. Sobald aber Kitas und Schulen wieder in den Normalbetrieb übergehen, spricht wenig dafür, dass dieser familiäre Notfallmodus beibehalten wird. Denn davon würde niemand profitieren. Sowohl Mütter als auch Väter haben unter der Potenzierung der Mehrfachbelastung gelitten. Einen deutlichen Hinweis auf den drängenden Wunsch von Eltern, nach der Pandemie zu den gewohnten Aufgabenteilungen zurückzukehren, gibt auch die derzeitige Situation in Kitas und Schulen: Dort, wo kein Regelunterricht und keine Regelbetreuung stattfand, liefen die sogenannten Notbetreuungen über.

Die Rede von einer langfristigen Retraditionalisierung ist deshalb eine Übertreibung. Aber die Erfahrung zeigt, dass es manchmal der Übertreibung bedarf, um auf Missstände und Gefahren aufmerksam zu machen. Der tatsächliche Missstand ist jedoch ein anderer: Für Kinder zu sorgen erhöht für viele Menschen – Männer wie Frauen – die Gefahr, in Existenznot zu geraten. Die Coronapandemie macht besonders deutlich, dass das Leben mit Kindern ein Drahtseilakt ist. Frauen sind oftmals diejenigen, die sich dabei am meisten verrenken müssen – mit und ohne Pandemie.



Helen Knauf ist Professorin und vertritt das Arbeitsgebiet Kindheitspädagogik an der Fachhochschule Bielefeld. Die Serie „Corona und die Folgen“ wird fortgesetzt.



Fabian Kretschmer über das Vorgehen Chinas gegen H&M

Sie wissen, was sie tun

Wenn ausländische Firmen wie der Modekonzern H&M „gecancelt“ werden nur dafür, dass sie sich gegen Zwangsarbeit positionieren, dann scheint endgültig ein Tiefpunkt erreicht. Doch im China des Xi Jinping ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch dieser ein weiteres Mal unterboten wird.

Dieser Tage zeigen sich so deutlich wie selten die Schattenseiten von Geschäftemachen in der Volksrepublik. Jedes europäische Unternehmen muss unweigerlich einen moralischen Drahtseilakt hinlegen, wenn es am boomenden Konsumentenmarkt von 1,4 Milliarden Einwohnern teilhaben möchte. Denn wer es wagt, nur im Leisesten Kritik an der Staatsführung zu üben, fliegt schneller außer Landes als eine Maschine von Air China. Ein unbedacht gewählter O-Ton reicht oftmals aus, um Tausende Arbeitsplätze und Milliarden Gewinne zu gefährden. Dementsprechend verbreitet ist das Duckmäusertum. Als Peking-Korrespondent erfährt man im Wochentakt solch beschämende Situationen: Der Autokonzern-Chef, der selbst im Hin-

tergrundgespräch nichts zur firmeneigenen Fabrik sagen möchte. Der deutsche NGO-Leiter, der eine harmlose Klimadiskussion „off the record“ halten möchte. Oder der entsandte Sportfunktionär eines großen Fußballclubs, der stolz davon berichtet, dass er seinen Stürmer-Star auf Linie bringen konnte, nachdem dieser auf seinem persönlichen Twitter-Account seine Solidarität zu den Uiguren zeigen wollte.

Dass die chinesische Regierung künftig die globalen Spielregeln stärker gestalten möchte, ist nüchtern betrachtet längst überfällig. Peking ist eine Weltmacht, die natürlich das Recht hat, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Ihre Kernbotschaft lautet: Wer nicht nach unserer Pfeife tanzt, bekommt unseren wirtschaftlichen Zorn zu spüren. Das mag zwar moralisch bedauerlich sein, ist jedoch nüchtern betrachtet die Realität der Dinge. Europäische Unternehmen sollten sich jedoch im Klaren sein, worauf sie sich einlassen. Spätestens nach dem Fall von H&M kann niemand mehr sagen, man hätte von nichts gewusst.

wirtschaft + umwelt 9

Pascal Beucker über den Streit um die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA

Ein schlechter Witz

Endlich mal eine gute Nachricht: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten erhält ihre Gemeinnützigkeit zurück. Dass es dazu erst einer „eingehenden Prüfung“ durch das Berliner Finanzamt bedurfte, bleibt allerdings ein schlechter Witz. Alleine schon der Versuch, diese traditionsreiche antifaschistische Organisation finanziell in ihrer Existenz zu bedrohen, war schlicht schäbig.

Ja, es stimmt: In der VVN – erst später: VVN-BdA – haben von Anfang an Kommunist:innen eine zentrale Rolle gespielt. Aber wie hätte es denn anders sein können? Schließlich waren sie die Ersten, die der Furor der Nazis traf. Als der Sozialdemokrat Otto Wels am 23. März 1933 seine legendäre Rede gegen das Ermächtigungsgesetz hielt, war der Abgeordnete der KPD schon allesamt ihr Mandat aberkannt worden. Als der große Liberale und spätere Bundespräsident Theodor Heuss im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, waren seine kommunistischen Parlamentarierkolleg:innen bereits verhaftet oder auf der Flucht.

Dass sich unter den Widerstandskämpfer:innen und KZ-Überlebenden, die nach dem Sieg der Alliierten über den Hitler-Faschismus die VVN gründeten, aus gutem Grund viele Kommunist:innen befanden, hat diese Organisation in der antikommunistisch geprägten Bundesrepublik schon zu Zeiten Konrad Adenauers zur Zielscheibe gemacht – inklusive eines 1962 gescheiterten Verbotsversuchs. Noch in den 1970er und 1980er Jahren wurden VVN-Mitglieder im öffentlichen Dienst zu Opfern des „Radikalerlasses“. Diese beschämende Geschichte darf man nie vergessen, um zu beurteilen, wie ungeheuerlich es ist, der VVN-BdA heutzutage finanziell das Wasser abreden zu wollen.

Sicher, die organisierten Kommunist:innen sind vielen, auch fatalen Irrtümern aufgefressen – ihr Widerstand gegen den Faschismus gehört jedoch nicht dazu. In Deutschland mit administrativen Mitteln gegen Antifaschist:innen vorgezogen war und ist ein Skandal. Gut, dass er im aktuellen Fall jetzt korrigiert worden ist.

inland 6

Simone Schmollack über das erste Woelki-Gutachten

Von Transparenz weit entfernt

Vor einer Woche sah es gut aus für Rainer Maria Woelki. Der Kölner Kardinal stellte ein Gutachten zum Umgang seines Erzbistums mit sexuellem Missbrauch vor, das ihn entlastete: Ihm seien keine Pflichtverstöße im Umgang mit Missbrauchsfällen nachzuweisen. Doch das Papier einer Kölner Anwaltskanzlei entlastet ihn nur auf der Oberfläche. Denn ein erstes Gutachten von Jurist:innen aus München, das Transparenz und Aufarbeitung leisten sollte, wurde von Woelki nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Kritik an diesem fragwürdigen Gebaren war allerdings so groß, dass Woelki nachgeben musste – jetzt kann das erste Gutachten zu Teilen von wenigen Personen eingesehen werden. Doch das macht die Sache nicht besser, im Gegenteil: Der Verdacht der Vertuschung und Abschottung wird weiter genährt. Warum wird das Papier nicht vollständig veröffentlicht? Warum müssen Journalist:innen, die im Gutachten lesen dürfen, ein Merkblatt unterschreiben, das sie daraus nicht zitieren dürfen? Warum dürfen sie Textpassagen nicht kopieren? Das ist

von Transparenz meilenweit entfernt. Die Münchner Kanzlei hat – so viel wurde aus dem ersten Gutachten öffentlich – für die Kirche unbecommene Fragen zu systemischen Zusammenhängen zwischen Missbrauchsfällen und katholischen Gesetzen gestellt. Darunter solche wie: Befördert der Pflichtzölibat sexuelle Übergriffe auf Kinder und Schutzbefohlene? Wie haben Geistliche ihre Fürsorgepflicht wahrgenommen? Um am Ende zu einem vernichtenden Urteil zu kommen: Bei den Verantwortlichen herrsche eine Art Gleichgültigkeit gegenüber den Missbrauchsopfern und gegenüber sexueller Gewalt vor. Das Fazit wird unterfüttert mit dem Argument mancher Kirchenmänner, Missbrauch finde auch außerhalb der Kirche statt. Das ist so erschreckend wie selbstentlarvend.

Mag sein, dass Woelki glaubt, mit dem einen oder anderen Gutachten für Transparenz gesorgt zu haben. Kann aber auch sein, er irrt. Die Allmacht der Männer in der Kirche beginnt zu bröckeln, der Ruf nach einer neuen Kultur in der Kirche wird lauter.

der tag 2